

Kohle- und Autoindustrie: Das Imperium schlägt zurück

Der Klimawandel bedroht immer größere Teile der Weltbevölkerung und auch in der öffentlichen Wahrnehmung wird Umwelt- und Klimaschutz immer dringlicher: Uns läuft die Zeit davon. Obwohl in Deutschland nur ungefähr 1 % der Weltbevölkerung lebt, werden hier fast 2 % der weltweiten Treibhausgase in die Luft gepustet. Und obwohl sich Merkel mal als „Klimakanzlerin“ feiern ließ, sind die deutschen Emissionen in den letzten 10 Jahren kaum gesunken.

Denn echter Klimaschutz steht im Widerspruch zu den Profitinteressen der mächtigen Energie- und Autokonzerne. Diese „dunkle Seite der Macht“ versucht nun medial zurückzuschlagen, natürlich mit besonders lauter Unterstützung konservativer Politiker_innen.

Ungebremst weiter so

Ein Tempolimit auf Autobahnen, das selbstverständlich die Zahl der Verkehrstoten und die Klimabelastung verringern würde, wäre laut Verkehrsminister Scheuer von der CSU „gegen jeden Menschenverstand“. Beliebtes Spiel sind immer wissenschaftlich klingende Argumente. Beim Tempolimit müssen Prozentzahlen her, um zu relativieren: 60 % der Verkehrstoten passieren auf Landstraßen. Da ist der Autolobby gleich klar: man braucht auf Autobahnen nichts zu machen. Und die Einsparungen an CO₂ kann man auch wunderbar herunterrechnen – wenn man es mit allen anderen Umweltsünden vergleicht, dann würde ein Tempolimit laut ADAC nur 0,5 % der deutschen Emissionen einsparen. Mit dem Argument kann jeder aber jetzt wirklich die Umweltsau rauslassen, denn diese oder jene Einzelmaßnahme... sind ja eh nur Peanuts fürs Klima.

Diesel-Fahrverbote ... die Großen lässt man laufen

Dass es jetzt Diesel-Fahrverbote gibt, liegt natürlich daran, dass die Autokonzerne jahrelang nach Strich und Faden beschissen haben. Aber nicht etwa sie sollen jetzt zur Kasse gebeten werden, indem sie die Karren reparieren müssen, die sie für teuer Geld verkauft haben. Da ist es doch viel leichter, 100 Lungenärzte aufzutreiben, die sagen: „Ist alles kein Problem!“, und damit zu versuchen den „Volkszorn“ gegen die EU-Grenzwerte zu lenken. FDP-Chef Lindner springt hier dem Verkehrsminister würdig zur Seite, indem er von einem „Amoklauf“ faselt, mit dem „die Autoindustrie enthauptet“ werden solle. Dass Tausende Lungenärzte in Deutschland und international sich aus medizinischen Gründen für schärfere Grenzwerte aussprechen, fällt dem Menschenverstand von Lindner und Scheuer selbstverständlich nicht so sehr auf, wie die 13,5 Millionen Euro, die Union und FDP in den letzten

Jahren offiziell von der Autoindustrie gespendet bekommen haben!

Mit Kohle macht man weiter Kohle

Die Energiewirtschaft, allem voran die Stromerzeugung aus Kohle, ist allerdings für mehr als ein Drittel der deutschen Treibhausgase verantwortlich und damit für doppelt so viele wie der gesamte Verkehr. Deshalb ist der Kohleausstieg allen Umweltaktivist_innen auch zu Recht so wichtig. Wie kann hier die Regierung dafür sorgen, dass alles zum Besten der Konzerne und ihrer Profite über die Bühne geht? Da setzt man eine Kommission ein, in die neben Politiker_innen der Regierungsparteien und der Grünen auch Gewerkschaften und Umweltverbände einbezogen werden, die dann am Ende fast einstimmig einem „Kompromiss“ zustimmt, der bis 2038 weiter verschmutzen lässt, womit das 1,5°-Ziel der Pariser Klimakonferenz eindeutig nicht zu schaffen ist. 50-70 Mrd. Euro soll dieser Kohleausstieg die Steuerzahler_innen kosten. Ein großer Batzen davon... geht direkt an die Verursacher, nämlich die Kohlekonzerne, als Entschädigungszahlungen! So viel, dass der Aktienkurs von RWE zwischen Oktober 2018 und dem Ergebnis der Kohlekommission um 25 % angestiegen ist.

Die Schüler_innen haben Recht

Die 16-jährige Schwedin Greta Thunberg hat die Proteste der Schülerinnen und Schüler inspiriert, die diesen Freitag zum vierten Mal in Folge bundesweit auf die Straße gehen werden. Auf dem Weltklimagipfel hat sie den versammelten Eliten gesagt: „Wenn es unmöglich ist, Lösungen im bestehenden System zu finden, sollten wir das System an sich ändern. Wir sind nicht hierhergekommen, um vor Weltpolitikern darum zu betteln, dass sie sich kümmern.“

Sie protestieren gegen diese „Klimapolitik“, die ein getreues Abbild der gesamten Politik im kapitalistischen System ist: Gewinnmaximierung einiger Weniger ohne Rücksicht auf die Umwelt und die Interessen der arbeitenden Bevölkerung. Um dieses System zu stürzen, müssen Arbeitende und Jugendliche an einem Strang ziehen.

Von Kolleg_innen für Kolleg_innen...

Charité bei Facebook

Die Charité strebt ja schon seit einiger Zeit eine größere „Social Media“ Präsenz an, die sie nun endlich erreicht hat. Vor kurzem verstarb der zwei Tage alte Sohn einer Facebook und Instagram „Influencerin“ an der Charité an einer Lungenentzündung. Laut Mutter hätte dies verhindert werden können. Oder ein Vater beschwert sich öffentlich, dass sein Kind über die Feiertage fast umgekommen wäre, hätte er nicht genug Druck in der Notaufnahme gemacht. Diese Berichte sind schockierend und wir wissen nicht, wie viel Wahres dahinter steckt. Doch wir alle können uns vorstellen, dass aufgrund von Sparpolitik und Personalmangel solche Sachen passieren können. Aber dann sind nicht die Ärzt_innen und Pfleger_innen für diese Schweinereien zu verdammen, sondern die, die für diese katastrophalen Zustände verantwortlich sind!

Gefährdungsanzeige adé?

„Es erscheint uns jedoch sinnvoll, im Vorfeld zu einer Gefährdungsanzeige Kontakt zu Vorgesetzten und Bereichsverantwortlichen aufzunehmen.“ Wer jetzt denkt, dies kommt von unserer PD, hat sich leider geirrt. Der Klinikpersonalrat rät uns, auf sofortige schriftliche Gefährdungsanzeigen zu verzichten. Bitte was!? Dies ist eines unserer wenigen Druckmittel und Absicherungen, auf gefährliche Arbeitssituationen hinzuweisen. Wenn das wegfällt, was dann? Erzählt uns dann unser Vorgesetzter, wir hätten gar nicht oder falsch informiert, wenn es zur nächsten Katastrophe kommt?

Keine Nacht allein!

Diese Forderung hat immer noch ihre volle Berechtigung, was folgende Geschichte beweist: Eine Krankenschwester in Göppingen hat in ihrer Nachtschicht die Trägerflüssigkeit für das Schmerzmittel vertauscht und in Folge dessen verstarben zwei Patienten. Die Schwester wurde wegen fahrlässiger Tötung zu einem Jahr Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt und muss eine Geldbuße zahlen. Obwohl nachgewiesen wurde, dass „eine erhebliche Arbeitsbelastung für die Krankenschwester bestand“, wird das Krankenhaus aus jeglicher Verantwortung genommen. Wenn wir nichts tun, müssen wir immer wieder für die Verfehlungen der Politik büßen.

Heilt Sankt Jens jetzt mit Handauflegen?

Der Herr Minister hat sich zum Jahresanfang mal wieder über die Medien ins Gespräch gebracht. Mit gewohntem Selbstbewusstsein gab er kund, dass „der Krebs in 20 Jahren besiegt sein wird“. Sofort gaben Spezialist_innen aus dem Bereich der Krebsmedizin – bei allem gebotenen Respekt – zu verstehen, dass der Herr Minister sich da ziemlich weit aus dem Fenster lehnt. Nun, zur fachlichen Seite fehlt uns die Ahnung (wie offenbar auch dem Herrn Minister), aber in einem sind wir uns sicher – die Aufgabe des Gesundheitsministers ist es weniger, durch Blicke in die Glaskugel aufzufallen, sondern dafür zu sorgen, dass für jeden an Krebs erkrankten Menschen, die beste mögliche Versorgung bereit gestellt wird. Und dafür müssen die Mittel zur Verfügung stehen. Darüber solltest Du sprechen, Jens – dann klappt auch mit der Aufmerksamkeit.

Jens ist uns erschienen

Am 16.1. stieg der Herr Minister hernieder in die Charité und sprach u.a. mit Vorstand und Pflegedirektion über „Perspektiven des Pflegeberufes“ und wie man den Pflegenotstand beheben könne. Es gab Reden über die „Erfolge an der Charité“. Mit Verlaub, aber die hätten im gleichen Tonfall auch schon vor 35 Jahren unter Erich dem Letzten gepasst. Deshalb sparen wir uns jeden Kommentar. Umso interessanter war der Teil, wo es um „Finanzierung von langfristig medizinisch zu betreuenden Menschen“ ging. Doch wer jetzt erwartet hatte, dass klare Worte über die Verantwortung der Gesellschaft für die Bereitstellung der Finanzen fallen, der hat offenbar das Prinzip noch nicht verstanden. Stattdessen wurde der Anteil von Stiftungen wie Elterninitiativen beschworen. So respektabel deren Engagement ist – was soll dieser Irrweg in amerikanische Verhältnisse, denn „Wohltätigkeit ist das Ersäufen des Rechts in der Jauchegrube der Gnade“.

(Olympia)-rekordverdächtig

Man muss schon ordentlich die Suchmaschinen zum Qualmen bringen, um etwas zum Streik der Pflegekolleg_innen in Irland zu lesen. Doch wenn schon zum Rekord von 200 Mio. Streikenden in Indien nichts geschrieben wird, warum sollte man die 40.000 „Nurses and Midwives“ erwähnen, die in Irland landesweit gleichzeitig für eine deutliche Erhöhung ihrer Löhne streikten? Das könnte ja womöglich die Schwestern und die Gewerkschaften in Deutschland auf sportliche Ideen bringen und den derzeit umgehenden Olympischen Brief mit der letzten Zeile enden zu lassen: Gemeinsamer Streik ab sofort!

Aufsichtsrat tagt am 15.02.2019

Und zwar der von Vivantes. Zu diesem Anlass werden viele Beschäftigte des Klinik Konzerns und seiner zahlreichen Tochterfirmen sehr laut fordern: TVöD für alle! Mehr Personal im Krankenhaus! Tochtergesellschaften rückführen! Gemerkt? Das geht uns alle an, auch in der Charité und ihren diversen Töchtern. Darum heißt es: Zusammenstehen auch am 15.02.19, um 8:15 Uhr, Vivantes Zentrale in der Arosener Allee 72.

Vorbereitung auf den 1. September

Ab da ist dann H. Kroemer neuer Vorstandschef der Charité, die er „zukunfts-fähig gestalten“ will. Zuvor war er an der Göttinger Uniklinik großer Chef. Von dort weiß er auch sehr gut, dass die Geduld der Kolleg_innen in ausgegründeten Lohnenspar-Tochterfirmen begrenzt ist. Die Kolleg_innen der dortigen Servicegesellschaft setzten per Streik eine deutliche Lohnerhöhung durch. Damit er weiß, woran er ist, kündigen wir Kroemer schon einmal an, ohne TVöD für alle und Eingliederung der Töchter in die Charité wird er auch hier in Berlin nicht zur Ruhe kommen. Egal was der Senat uns verspricht. Pünktlich zum Sommer 2019 endet die Schonfrist. Wir bereiten uns schon mal vor.

Das Vitamin C wird gemeinsam von der Revolutionär Sozialistischen Organisation und Kolleg_innen der Charité und CFM herausgegeben. Das Flugblatt soll nicht nur Sprachrohr der Beschäftigten sein, sondern auch zur Vernetzung und Information dienen. Wenn auch du was zu sagen hast, dann melde dich bei uns!

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...

Wir sind erreichbar unter - flugblatt_charite@gmx.net - www.sozialismus.click